

Liebe Mitbürger und Freunde der BI

Wie immer hier an dieser Stelle eine Zusammenfassung des Geschehens der letzten 7 Tage. Trotzdem sollte noch mal auf die abgestimmte Aktion der Linken in der Presse eingegangen werden. Nur soviel, als Erfüllungsgehilfen des CDU Fraktionsvorsitzenden Rauner, wird gegenwärtig der Versuch unternommen die BI in jeder erdenklichen Art und Weise zu diskreditieren. Ein Gespräch von Vorstandsmitgliedern der BI mit der Linksfraktion, bei dem unsererseits zu wiederholten male der Versuch unternommen wurde, sie an ihr soziales Gewissen zu erinnern, wurde sofort umgestrickt in eine Ermahnung der BI. Nichts ist entlarvender als der Mailverteiler, neben Presse stand an erster Stelle Hr. Rauner, es war somit quasi eine Vollzugsmeldung. An Schäbigkeit kaum überbietbar. Ganz deutlich unsere Entgegnung, wir lassen uns in unseren bürgerlichen Grundrechten nicht einschränken, zu Demos gehören Plakate mit deutlichen Aussagen, auch wenn es nicht allen passt. Wer mit dem Teufel paktiert, Bürgerrechte in Frage stellt, darf als Politiker nicht erwarten mit Samthandschuhen angefasst zu werden. Das ist überall so und so wird es auch in Weißenfels sein, natürlich werden wir als BI Vorstand besser drauf achten, dass es nicht unter die Gürtellinie geht. Aber deutlich wird, dass die Bürgerbewegung in WSF in politisches Fahrwasser gedrängt wird, obwohl dies nicht zu den ursprünglichen Zielstellungen gehörte. Aber es ist so wie es ist, wenn wir Bürger uns nicht instrumentalisieren lassen, keiner Bauernfängerei auf den Leim gehen und uns nicht fremden Zielen unterordnen, dann gibt uns dies neuen Gestaltungsraum um unser Ziel zu erreichen; zu verhindern, dass die Industrie die Kosten der von ihr benötigte KA Erweiterung auf die Bürger abwälzt. Die politischen Aktivitäten werden von uns Bürgern genau registriert. Durch die Bundestagswahl 2013 und die Kommunalwahl 2014 sowie OB Wahl 2015 kommt auch Bewegung in unsere Sache. Einige tauchen ab, wie das MDB Hr. Stier und CDU/SPD Stadträte oder geben sich volksnah wie Herr Rauner. Sein Allianzpartner von der marktradikalen Linksfraktion muss wie so oft die Kastanien aus dem Feuer holen. Dafür gibt es Rückendeckung bei Verfehlungen, wie im Fall von Hr. Brzyk. Ihre grundsätzliche Einstellung als CDU/Linke - Industrielobbyisten und Gegner von Basisdemokratie hat sich in keinster Weise geändert. Die Wahlen in Weißenfels müssen zu einen Weißenfels 21 werden. Die alten Parteien sind zu einem Filz zusammengewachsen und stellen nur noch eine Belastung für uns Bürger von WSF und in den Ortsteilen dar. Was Bürgerwille vermag, hat Baden Württemberg, hat Stuttgart und Duisburg gezeigt, die Bürger haben alten Strukturen zerrissen und Bewegung ins politische Spiel gebracht. Der Mittelstand sucht sich neue Plattformen, ob es nun Grüne oder Bürgerinitiativen sind. Es wird nicht sofort alles anders oder besser, aber es wird transparenter. Genau dies fehlt in Weißenfels bzw. wird krampfhaft verweigert. Dazu dies Beispiel:

Noch ist die „Weihnachtsansprache“ von Herrn Risch bei einigen Bürgern sicher in guter Erinnerung, darin heißt es (Zitat, Amtsblatt 11/2012): „Demokratie heißt nicht nur, den anderen mit seiner Meinung, seinen Glauben zu akzeptieren, sondern sie auch bewusst mit eigener Teilhabe zu erleben“ Von Teilhabe keine Spur, nach dem mit der Veröffentlichung der 2. Tagesordnung des AÖR - Verwaltungsrates klar ist, das eben diese den Bürgern von Weißenfels verweigert wird. Hat es doch seitens der BI für sozial gerechte Abwasserabgaben bereits im Vorfeld Befürchtungen gegeben, dass mit der neuen AÖR – Satzung der Demokratieabbau in Weißenfels weiter forciert wird. Nach Bürgerprotesten wurden in diese Satzung im §7 Formulierungen zur Teilhabe der Öffentlichkeit aufgenommen (war ursprünglich noch nicht einmal vorgesehen!). Im Absatz 4 wird auf die Geschäftsordnung des Stadtrates verwiesen, die eine Bürgerfragestunde vorsieht. Eine Bürgerfragestunde gab es auch regelmäßig zu den ZAW Sitzungen, insofern wäre dies einfach nur eine Beibehaltung von demokratischen Grundrechten. Aber Herr Risch versprach ja im MZ Interview mit der AÖR ein deutliches mehr als bisher an Transparenz herzustellen. Nichts von alledem ist eingetreten, quasi durch die Hintertür werden erreichte Grundrechte beschnitten. Die Befürchtungen, wie sie die BI in einem Infoblatt an die Stadträte geäußert hat sind in diesem Punkt schneller wahr geworden als gedacht. Es muss damit gerechnet werden, dass auch in den übrigen Punkten geäußerte Befürchtungen sehr schnell Realität werden (Ausschalten unliebsamer Meinungen, Privatisierung usw.) Was dem Ganzen die Krone aufsetzt, ist die Begründung, die dafür gefunden wurde, eine Bürgerfragestunde nicht in die Tagesordnung der AÖR aufzunehmen. Die Weißenfelser sind Nutzer, Benutzer der Anlagen für die Abwasserbeseitigung und damit im Sinne der AÖR keine Bürger. Ein Toilettenbenutzer verliert somit in WSF seine Bürgerrechte als Einwohner dieser Stadt. Alle Toilettenbenutzer mit Wasserspülung dürfen nach dieser verqueren Logik bei AÖR Sitzungen keine Fragen stellen, da sie nach Satzung automatisch Anschlusspflichtige der Kläranlage sind. Um diese sinnlose Logik fortzusetzen, was ist mit den Plumsklubbesitzern und Nutzern, müssen die sich im Bürgeramt eine Sondergenehmigung holen. Dürfen sie damit die satzungsmäßig zugesicherte Einwohnerfragestunde als Nichtbefangene wahrnehmen, Fragen über Fragen. Das der Ausschluss von Öffentlichkeit solche Blüten treibt, dürfte in Deutschland ein einmaliger Vorgang sein. Wir Bürger haben uns nicht und werden es auch nicht davon abbringen lassen unsere Rechte einzufordern. Das war bei der 2. AÖR Sitzung so und wir als Vorstand haben es auch bei der 3. AÖR Sitzung vergangenen Donnerstag deutlich gemacht. Zur Nagelprobe wird es jedenfalls bei der 4. AÖR Sitzung kommen, schon jetzt bitten wir alle Bürger um ihre Unterstützung keinen Millimeter unserer Rechte

aufzugeben. Dankenswerterweise hat die Fraktion Bürger für Weißenfels – Landgemeinden einen dahingehenden Beschluss in Hauptausschuss und Stadtrat eingereicht. Aber wir sagen, dies ist nicht notwendig, der Wortlaut der Satzung ist eindeutig. Anmerkung, Satzungstext ist nur im Amtsblatt 12/2012 des LVA einsehbar und ist besonders gesichert, lässt sich nicht kopieren. Für die meisten unter uns nicht einsehbar, schlimm wie Demokratie in WSF aussieht. Zum weiteren Geschehen, zur Investition für KA Erweiterung und Rüb`s. Die wesentlichen Eckdaten sind dem heutigen MZ Presseartikel zu entnehmen. Die Kosten werden darin mit 6,2Mill€ für KA Erweiterung und 6,8Mill€ für Rüb`s beziffert. Auch hier fehlende Transparenz, nicht erwähnt wurde, dass dies Nettobeträge sind und die Zahlen gemäß AöR Sitzung bei 7,6 bzw knapp 8Mill€ liegen. Auch nicht gesagt von Herr Risch, dass es bereits jetzt schon Terminüberschreitungen von 25Tagen gibt /bei dieser engen Planung). Herr Wanzke benannte eine weitere Unsicherheit: Weder die 60%ige Fördermittel sind verbindlich zugesagt als auch bei den HKB Beiträgen wird die Rechnung ohne den Wirt, d.h uns Bürger, gemacht. Es soll aber drauflos gebaut werden, irgendjemand wird es schon bezahlen. Mit fachlichen Qualifikationen ist es beim AöR Verwaltungsrat indes schlecht bestellt, sie wird ersetzt durch Besserwisserei, Rechthaberei, Einmischung usw. All dies lässt das Schlimmste befürchten. Man muß kein Prophet sein, um sagen zu können, bei den 15,6Mill€ wird es nicht bleiben. WSF ist bekannt fürs Überziehen geplanter Mittel. Also nicht wundern, wenn am Ende 20 – 30Mill€ rauskommen. Aber es gibt ja noch den Bürger, der wird's notfalls mit einen HKB Nachschlag richten. Abschließend noch ein kurzes Wort zu den geplanten Vergärungen der Tönnies Schlachtabfälle in Zorbau. Im Stadtrat am 31. 01. 2013 hat als einziger Hr. Dr. Heunisch das Wort ergriffen und eine Beteiligung von WSF am Verfahren eingefordert. Gleichzeitig hat er die Verwaltung, das Bauamt kritisiert, dass offensichtlich nicht die Wahrheit gesagt hat bei der Frage, ob sie vom Vorhaben wissen. Seitens der BI's, dem BUND und dem OR Boraus werden wir die Beteiligung einfordern, vom LVA wurde uns signalisiert, dass dies bei einem neuen Termin jederzeit möglich ist, das sich WSF, HHM und Teuchern beteiligt. Wir werden gern unsere Projektunterlagen zur Verfügung stellen, falls nur Nachträge ausgelegt werden. Von uns Bürgern gibt es kein Verständnis für die bisherige Haltung der Verwaltung in WSF. Man möchte seine Hände in Unschuld waschen und sich nicht zwischen Tönnies und dem Bürger entscheiden müssen. Lieber ein Bild abgeben, wie mit den bekannten 3 Affen, nichts hören, nichts sehen und nichts sagen. Den Gefallen können wir ihnen leider nicht tun. Nach Auskunft des LVA hat der Planer, Fa. Schwarting die Nachträge immer noch nicht nachgereicht. Er geht davon aus, dass sie es tun, er will es nochmals (zum wievielten Mal) schriftlich fordern. Bei Eingang Februar, Aufbereitung und Amtsblatt

Veröffentlichung könnte im April der nächste Erörterungstermin im Rathaus Lützen stattfinden.